



Kaiserin-Augusta-Allee 5
10553 Berlin

Stellungnahme zur

Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS)

09.07.2024

Der BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland begrüßt die Vorstellung des Entwurfs der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) der Bundesregierung und nimmt daher gerne die Gelegenheit wahr, die folgende Stellungnahme zum vorgelegten Entwurf vom 17. Juni 2024 abzugeben.

Grundsätzliches

Wir befinden uns in Zeiten multipler Krisen. Neben steigender sozialer Ungleichheit innerhalb und zwischen Ländern, gibt es eine dreifache ökologische Krise: Klimakrise, Artenkrise und Ressourcenkrise. Die Ressourcenkrise ist eng mit der sozialen Krise verbunden. Noch immer werden Rohstoffe zumeist unverarbeitet aus Entwicklungs- und Schwellenländern des Globalen Südens importiert, die Wertschöpfung findet vor allem im Globalen Norden statt. Die Ressourcenkrise ist außerdem eng mit den anderen beiden ökologischen Krisen verzahnt. So gehen 50 Prozent der globalen CO₂-Emissionen auf die Rohstoffförderung und -gewinnung zurück. Bergbau ist neben der industriellen Landwirtschaft weltweit einer der Haupttreiber für Artensterben und den Verlust der Biodiversität. Was es braucht, ist eine sozial-ökologische Transformation.

Die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) kann ein bedeutender Baustein der sozial-ökologischen Transformation hin zu einer Postwachstumswirtschaft sein, die ökologischen Grenzen unseres Planeten ebenso wie soziale Grenzen einhält. Auch zur Versorgungssicherheit kann die NKWS beitragen.

Dabei ist aber insbesondere zu beachten, dass die Politikkohärenz zwischen der NKWS und den anderen z.T. bereits vorliegenden oder den aktuell in Vorbereitung befindlichen Programmen und Strategien wie bspw. der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, der Rohstoffstrategie, der Industriestrategie „Industriepolitik in der Zeitenwende“ oder auch der „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“ gewährleistet werden muss.

Neben Klimaschutz und Artenschutz ist die Reduzierung des Rohstoffverbrauchs und der Stoffströme also die zentrale Komponente jeder Nachhaltigkeitsstrategie. Wegen der Interdependenz (Nexus) kann weder Klimaschutz noch Flächenschutz ohne Dematerialisierung erfolgreich sein. Diese Erkenntnis ist weitgehend unstrittig, wurde aber bisher nicht in wirksame Politik umgesetzt.

Es sind inzwischen sechs planetare Grenzen überschritten. Das bedeutet, dass die Umwelt, so wie wir sie kennen, sehr wahrscheinlich nicht fortbestehen wird. Es gilt, noch schlimmeres zu verhindern und möglichst zügig wieder in den sicheren Handlungsraum zu kommen. Alle Umweltwirkungen sind mit der Nutzung von Rohstoffen verbunden, daher ist es sinnvoll, diese mit einem Reduktionsziel zu begrenzen. Wir stehen gleichzeitig vor geopolitischen Herausforderungen; zudem steigt die Nachfrage nach vielen Rohstoffen weltweit ungebremst an. Im Fokus stehen oft kritische bzw. strategische Rohstoffe, die für die Energiewende weltweit gebraucht werden. Es ist wichtig, dass Deutschland ein Ziel hat, mit dem es dazu beiträgt, dass die eigene und damit auch die globale Nachfrage insgesamt gebremst wird, und mit dem zudem der Energieverbrauch (der für Produktion und Verarbeitung der eingesparten Rohstoffe ansonsten nötig wäre) gemindert wird. Auch dies ist ein Beitrag für den Klimaschutz und ein Zeichen für globale Kooperation.

Reduktionsziel für den Ressourcenverbrauch

Deutschland muss seinen Teil zur Verbrauchsreduktion beitragen: Es ist daher ausdrücklich zu begrüßen, dass in der NKWS erstmals ein konkretes Reduktionsziel für den Ressourcenverbrauch festgelegt wird. Das RMC Ziel von 8 Tonnen pro Kopf und Jahr bis zum Jahr 2045 und seine Nennung als erstes der vier Leitziele ist wichtig für eine klare Zielvorgabe und die Verwendung von Indikatoren zur Messung des Fortschritts nötig. Hinsichtlich des Umsetzungszeitraums bleibt es jedoch hinter dem vom Netzwerk Ressourcenwende geforderten und zuletzt vom Rat für Nachhaltige Entwicklung angestrebten Reduktionsziel bis 2030 (50% Reduktion) zurück. Ein Ressourcenziel, das die Halbierung vorsieht, ist eine wichtige Orientierungsmarke.

Grundsätzlich begrüßen und unterstützen wir, dass ein Ziel für 2045 gesetzt wurde, auch wenn wir uns ein ambitionierteres Ziel vorstellen und wissen, dass ein solches ebenfalls umsetzbar wäre¹. Rohstoffspezifische und zeitliche Zwischenziele für 2030 und 2040 und klare und verbindliche Maßnahmen werden benötigt, um an ihnen politische Maßnahmen und Verantwortlichkeiten zu orientieren und zu messen. Deutschland nimmt derzeit keine Vorreiterrolle ein, könnte diese aber wie in den 1990er Jahren wieder einnehmen. Österreich und die Niederlande haben sich derzeit ehrgeizigere Ressourcenschutzziele gesetzt.

Zudem muss die Datenbasis für den anzustrebenden Indikator „Total Material Consumption“ (TMC) zeitnah aufgebaut werden. Im Unterschied zum Indikator „Raw Material Consumption“ (RMC) berücksichtigt der Indikator TMC den vollständigen Ressourcenaufwand. Dazu gehören auch ungenutzte Entnahmen, wie z.B. der Abraum, der beim Erzabbau bewegt werden muss. Der TMC stellt somit vollumfänglich den tatsächlichen Materialaufwand und die damit verbundenen Umweltauswirkungen der Ressourcennutzung im Rahmen der Produktions- und Konsumprozesse dar.

Fehlende Zielsetzung der Circular Material Use Rate (CMUR)

Deutschland könnte und sollte sich auch beim Recycling/ Wiedernutzung konkrete Ziele setzen. Die NKWS lässt offen, wie sehr Deutschland die CMUR steigern will. Österreich hat sich ein Ziel von 18% bis 2030 gesetzt, es wäre zu begrüßen, wenn auch Deutschland sich mindestens dieses Ziel setzen würde - besser wäre eine stärkere Steigerung, natürlich unterlegt mit entsprechenden Maßnahmen.

Forderung nach einem Ressourcenschutzgesetz

Wir begrüßen auch die Ankündigung, dass gesetzliche Maßnahmen geprüft werden. Die Überarbeitung des rechtlichen Rahmens ist aus unserer Sicht ein wichtiger Bestandteil, um die angesprochene Verbindlichkeit und Zuständigkeit zu erreichen. Diese Verbindlichkeit wird aus unsere Sicht einzig durch ein Ressourcenschutzgesetz erreichbar sein.²

¹ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/szenarien-konzepte-fuer-die-klimaschutz/rescue-wege-in-eine-ressourcenschonende> und <https://www.wwf.de/nachhaltiges-wirtschaften/circular-economy/modell-deutschland-circular-economy>

² Zusammenfassung des BUND-Rechtsgutachten: https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/ressourcen_und_technik/kurzgutacht-en-zu-den-wesentlichen-inhalten-eines-ressourcenschutzgesetzes-bund_01.pdf, Gutachten:

Unverbindlichkeit und fehlende Maßnahmen

Die Beschreibung des Ist-Zustandes in der NKWS ist sehr zutreffend und umfassend, auch die aus dem Ist-Zustand abzuleitenden Mängel im Bereich Ressourcenschutz und Kreislaufwirtschaft werden im Wesentlichen korrekt beschrieben. Leider handelt es sich dabei nur um Absichtserklärungen ohne daraus resultierende konkrete Maßnahmen. Zudem werden keine verbindlichen Zuständigkeiten festgelegt. Es bedarf sektor- und materialübergreifender Instrumente. Zudem müssen alle Ministerien die Verantwortung für eine ambitionierte Konkretisierung und Umsetzung der Ziele und Maßnahmen in ihrem Ressortbereich übernehmen. Beispielsweise wird die Reduktion der Primärrohstoffe bei Metallen genannt, aber keine konkrete Zahl. Die erweiterte Herstellerverantwortung wird genannt, aus unserer Sicht jedoch in keinem Sektor tatsächlich umgesetzt. Es gibt zahlreiche Verweise auf bestehende Ansätze und Programme bzw. EU-Richtlinien. In der Vergangenheit hat sich jedoch deutlich gezeigt, dass selbst gesetzlich verankerte Zahlen, wie z.B. die Mehrwegquote bei Getränken, nicht umgesetzt werden, wenn es keine Maßnahmen zur Durchsetzung (Sanktionen bei Nichterfüllung o.ä.) gibt. Zudem finden sich viele Verweise auf Gesetzesverfahren, zu denen die Bundesregierung, z.B. mit Blick auf EU-Richtlinien-Umsetzungen, ohnehin gezwungen ist.

Ein weiteres Beispiel ist der IKT-Bereich. In diesem Kapitel folgen nach der Problembeschreibung und den Visionen keine konkreten Zahlen oder Quoten, die tatsächlich zu einer signifikanten Reduzierung der neu produzierten bzw. importierten Geräte führen könnten.

Von einer Strategie hätten wir bereits konkrete Ziele und Quoten für die jeweiligen Produktgruppen / Sektoren erwartet.

Begründung für das absolute Reduktionsziel für den Ressourcenverbrauch

Ohne ein konkretes Reduktionsziel sind die in der NKWS vorgeschlagenen und noch auszuarbeitenden Strategien und Maßnahmen nur schlecht auf ihre Wirksamkeit hin überprüfbar. Fehlende Zielwerte führen in aller Regel dazu, dass ambitionierte und verbindliche Maßnahmen von vornherein sehr schwer einführbar oder durchsetzbar sind, da es schlicht und einfach an der Begründung fehlt. Auch ein Anpassen bzw. Nachsteuern bereits bestehender Instrumente wird durch das Fehlen von Zielwerten erschwert.

Statt jedoch ein absolutes Reduktionsziel festzulegen, wurde bspw. in der Vergangenheit die Gesamtrohstoffproduktivität als Zielwert zur relativen Entkoppelung angegeben. Dabei konnte keinerlei innovativer Ehrgeiz entfaltet werden. Es wurde lediglich eine geringe Steigerung erreicht werden – diese lag im Zeitraum 2010-2021 durchschnittlich bei 1,3% p.a. und wurde bei einem stagnierenden Ressourcenverbrauch lediglich durch die Steigerung des BIP erreicht. Erforderlich sind aber mindestens 3% p.a., ohne Wirtschaftswachstum würde das in zwei Jahrzehnten zur Halbierung führen. Bei fortgesetztem Wirtschaftswachstum wären 5% p.a. erforderlich, d.h. die viel zitierte Effizienz-Revolution.³

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/ressourcen_und_technik/kurzgutachten-ressourcenschutzgesetz-bund_01.pdf

³ Bereits in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND/MISEREOR 1996, S. 80) ist eine notwendige Steigerungsrate der Materialproduktivität von 4-6% p.a. berechnet worden.

Es ist daher zwingend notwendig den Ressourcenverbrauch kontinuierlich zu monitoren und zu begrenzen: Hier sind neben den Materialverbräuchen im weiteren insbesondere auch die ebenso wichtigen natürlichen Ressourcen wie Land und Wasser durch geeignete Indikatoren zu bemessen und deren Nutzung auf ein verträgliches Maß zu reduzieren.

In Deutschland sind noch viele Potenziale für Ressourcenschonung nicht gehoben. Der in der NKWS angedachte Ansatz alte Gebäude umzubauen und weiter zu nutzen (statt sie abzureißen), hat das Potenzial, einen erheblichen Beitrag zur Flächenschonung zu leisten (z.B. bei der Gewinnung heimischer Baurohstoffe oder auch zur Reduzierung von Deponieflächen). Gleichzeitig kann insbesondere dieser Ansatz dazu beitragen, das Ressourcenziel zu erreichen. Die Bauwirtschaft mit ihrem Fachkräftemangel wird für die energetische Gebäudesanierung dringend benötigt. Wir würden uns daher konkretere Ziele mit entsprechenden Maßnahmen gerade in diesem Bereich wünschen.

Reduktionsziele heben Beschäftigungszahlen, fördern KMU und senken Importabhängigkeit

Als BUND würden wir es begrüßen, wenn noch mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in zirkulären, ressourcenschonenden Geschäftsmodellen arbeiten würden, da auf diese Weise der gesellschaftliche Nutzen des Umweltschutzes noch deutlicher wird. Das 8-Tonnen-Ziel zeigt, dass die Bundesregierung es mit dem Umbau der Wirtschaft hin zu einer umweltschonenden Wirtschaft ernst meint. Verschiedene Studien prognostizieren eine Steigerung der Bruttowertschöpfung und der Beschäftigungseffekte, wie ausgeführt in den nächsten Absätzen.

Die Studie „Nachhaltiges Wachstum durch zirkuläres Wirtschaften“⁴ nimmt den gesamten Produktlebenszyklus in den Blick und stellt fest: Kreislaufwirtschaft ist mehr als nur Recycling. Sie beschreibt insbesondere die positiven Effekten auf die Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland. Die Umstellungen von Importen auf inländisch gewonnene Sekundärrohstoffe könnten signifikante makroökonomische Vorteile freisetzen. Die Bruttowertschöpfung der deutschen Industrie würde laut der Analyse um 12 Milliarden Euro jährlich steigen, und es ergäbe sich ein positiver Netto-Beschäftigungseffekt von knapp 180.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in Deutschland. Zudem verringere sich die Importabhängigkeit von Rohstoffen.

Das Impact Assessment für die europäische Verpackungsverordnung⁵ stellt fest: Allein der Ausbau von Mehrweg-Infrastrukturen würde innerhalb der EU bis 2030 mehr als 600.000 zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, insbesondere bei KMU. Eine weitere Analyse für die Europäische Kommission, die die Potentiale bei Umsetzung des Circular Economy Package aufzeigen sollte, prognostizierte circa 180.000 zusätzliche direkte Beschäftigungsmöglichkeiten.⁶ Im Circular Economy Action Plan gibt die EU an, dass durch einen Übergang in die Kreislaufwirtschaft 700.000 neue Jobs in der EU geschaffen werden könnten.⁷

⁴ <https://www2.deloitte.com/de/de/pages/sustainability1/articles/zirkulaere-wirtschaft-studie.html>

⁵ https://environment.ec.europa.eu/publications/proposal-packaging-and-packaging-waste_en

⁶ COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT (2015): Additional analysis to complement the impact assessment SWD (2014) 208 supporting the review of EU waste management targets

⁷ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_20_419

Weitere Studien prognostizieren einen volkswirtschaftlichen Mehrwert, auch durch direkte Arbeitsplatzeffekte. Zum Beispiel prognostiziert eine Studie⁸ durchweg positive Beschäftigungs- und Wertschöpfungseffekte und stellt fest: „Der Arbeitskräftebedarf fällt umso höher aus, je komplexer die abfallwirtschaftliche Behandlung der Restmüllfraktionen erfolgt“. Eine weitere Studie für die Europäische Kommission⁹ für den Bereich Reparatur kommt zu ähnlichen Ergebnissen.

Eine weitere Studie¹⁰ hat für die drei Länder Deutschland, Polen und Italien berechnet, dass 3 Milliarden Euro eingespart werden können durch verringerte Arbeitslosigkeit durch die Umsetzung von ambitionierten Maßnahmen im Bereich Kreislaufwirtschaft. Dies würde dazu beitragen, die schwierigen Probleme der regionalen und beruflichen Arbeitslosigkeit anzugehen und 270.000 Menschen wieder in Arbeit zu bringen.

Eine weitere, sehr umfassende Studie¹¹ berechnet, dass pro 10.000 Tonnen Material 200 mal mehr Arbeitsplätze im Reparaturbereich als in der Mülldeponierung oder -verbrennung geschaffen werden könnten. Die Studie berechnet das Arbeitsmarktpotential verschiedener Abfallvermeidungsmaßnahmen, also Reparatur, Wiederaufbereitung und Recycling. Dabei kommt sie zu dem Schluss, dass die Umleitung von 80 Prozent der wiederverwertbaren und kompostierbaren Abfälle von der Deponierung und Verbrennung hin zu Abfallvermeidungsmaßnahmen zu einer großen Zahl neuer lokaler Arbeitsplätze führen würde. Die Daten für die Studie stammen aus einer Vielzahl von Quellen aus 16 Ländern auf der ganzen Welt. Trotz der unterschiedlichen geografischen und wirtschaftlichen Bedingungen kommen die Studierersteller*innen für alle untersuchten Städte zum gleichen eindeutigen Ergebnis: Reparatur und andere Abfallvermeidungsansätze schaffen ein Vielfaches mehr an Arbeitsplätzen als Entsorgungssysteme, die primär Abfall verbrennen oder deponieren. Demnach sei das Jobpotential in der Abfallhierarchie oben am höchsten und unten am niedrigsten.

Umwelt- und Wirtschaftsziele stehen also nicht im Widerspruch zueinander, sondern ergänzen sich. Verbindliche Ressourcenschutzziele können somit als Investition in die lokale und globale Resilienz, u.a. durch Verringerung der Importabhängigkeit, und als Wirtschaftsmotor genutzt werden.

Plattform Kreislaufwirtschaft und Roadmap 2030

Aus unserer Sicht ist ein besonderes Augenmerk auf das weitere Vorgehen in der Plattform Kreislaufwirtschaft und die Ausgestaltung der Roadmap 2030 zu legen. Diese soll einen gemeinsamen regelmäßigen Austausch über den Fortschritt bei Zielen (Monitoring) und Maßnahmen, weitere notwendige Schritte und die Anpassung von konkreten Instrumenten ermöglichen.

Wir bringen uns als Teil der Zivilgesellschaft gerne ein und wünschen uns einen zügigen Auftakt für eine schnelle Umsetzung. Wichtig ist ein Auftrag an die Plattform inklusive entsprechender Kompetenzen und Ressourcen, um die weitere Ausgestaltung der NKWS und insbesondere von zeitnah zu erarbeitenden

⁸ Beschäftigungseffekte abfallwirtschaftlicher Modelle der Restmüllbehandlung, Ina Meyer, Mark Sommer, Mai 2019, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

⁹ Study on socioeconomic impacts of increased reparability - Final report (2016)

¹⁰ <https://green-alliance.org.uk/publication/unemployment-and-the-circular-economy/>

¹¹ <https://www.no-burn.org/wp-content/uploads/2021/11/Jobs-Report-ENGLISH-1.pdf>

Vorschlägen für einen verbindlichen Zeit- und Maßnahmenplan (Roadmap 2030) zu gewährleisten.

Normung

Die NKWS erhebt die Normung zu einem der wichtigsten Handlungsfelder für die Umsetzung.

Unsere Erfahrung aus der aktiven Mitarbeit an Normen zeigt jedoch, dass Normung als Instrument weniger gut geeignet ist, anspruchsvollere Anforderungen im Sinne des Umwelt- und Gesundheitsschutzes sowie der ökologischen Nachhaltigkeit zu generieren.

Verbindliche Vorgaben zur Unterstützung des gesetzten Reduktionsziels, z.B. bei der Gestaltung und Produktion von Verbrauchs- und Gebrauchsgütern etc. sollten aus unserer Sicht weiterhin von der Politik erarbeitet und umgesetzt werden.

Normungsorganisationen haben in der Regel nicht vorrangig den Umweltschutz im Blick, da sie in den meisten wirtschaftlich relevanten Gremien häufig von Industrievertretern dominiert werden. Dies führt teils dazu, dass Umweltstandards abgeschwächt oder verzögert werden, um wirtschaftliche Interessen zu schützen. Beispiele hierfür sind Produktnormen, die aufgrund ihrer Flammschutzanforderungen ökologische Veränderungen (z.B. den Einsatz von Kunststoffzyklen) eher behindern als fördern.

Das Ministerium kann zwar bestimmte Normungen anstreben. Die konkrete Ausgestaltung der jeweiligen Normen entzieht sich jedoch seiner Einflussnahme.

Ein intelligenter Ordnungsrahmen sollte sich daher weder inhaltlich noch zeitlich von den Regeln der privatwirtschaftlich organisierten Normungsorganisationen (DIN, CEN, ISO) und deren Arbeitsprozessen abhängig machen.

Aktuelle Problemstellungen im Kontext Normung und Circular Economy

In der Zusammenfassung¹² wird explizit auf die Bedeutung der Gremien CEN/TC 473 Circular Economy oder CEN/CLC/JTC 24 Digitaler Produktpass und ISO/TC 323 Circular Economy hingewiesen. An anderen Stellen wird auf die parallele Erarbeitung bei ISO und CEN (international, europäisch) verwiesen. Dieses Zusammenspiel ist nicht zwingend förderlich für die Umsetzung der NKWS und den europäischen Gedanken des Green Deals. Dies zeigt das Beispiel der internationalen Norm ISO 59004 (Circular Economy - Vocabulary, Principles and Guidelines for Implementation) deutlich. Im konkreten Fall haben die inhaltlich guten Anmerkungen aus dem nationalen DIN-Arbeitsausschuss (hier NA 172-00-20 AA Circular Economy) trotz intensiven Engagements im ISO/TC 323 nur unwesentlich Eingang in die ISO 59004 (erhalten). Auf EU-Ebene sind entsprechend den Regelungen im CEN/TC 473 nun nur noch geringfügige Änderungen an der Norm umsetzbar.

Gemäß der Wiener Vereinbarung wird die europäische Fassung der Norm dann in allen EU-Mitgliedstaaten gelten. Darum ist aus unserer Sicht die Politik insbesondere gefordert, wenn internationale Standards verhindern, dass bessere oder weitergehende Standards in Europa umgesetzt werden können.

¹² Pkt. 8 (BS. 14) und im Abschnitt 3.4 (BS 50)

Wir empfehlen daher dringend, bereits jetzt entsprechende Überlegungen und mögliche Handlungsoptionen in der NKWS zu beschreiben.

Mit Blick auf die Normprojekte des CEN/CLC/JTC 24 Digitaler Produktpass halten wir es für notwendig, politische Vorgaben zu machen, welche umwelt- und Verbraucherschutzrelevanten Daten die Hersteller und Produzenten für den Digitalen Produktpass bereitstellen sollen.

Zeitliche Einschränkungen von Normungsprozessen

Trotz „strenger“ zeitlicher Vorgaben, können Normungsorganisationen nicht gewährleisten, dass die angesprochenen Normen verfügbar sind, wenn sie politisch gebraucht werden. Entwürfe für anspruchsvolle Normprojekte erhalten bei Umfragen bei DIN, CEN, ISO evtl. keine ausreichende Zustimmung oder werden während des Arbeitsprozesses zu Technischen Reporten abgeschwächt. Zudem werden ISO oder EU-Normen zunehmend nach der regulären Bearbeitungsdauer als „Startschuss“ inhaltlich unausgereift veröffentlicht, mit Ankündigung zur Einleitung einer „umgehenden“ Revision. Diese Überarbeitungsphase nimmt dann weitere Jahre in Anspruch und bremst den politischen Anspruch aus. Folglich könnte eine starke Abhängigkeit von Normungsorganisationen den avisierten Umsetzungszeitraum der NKWS in wesentlichen Bereichen gefährden.

Qualität und Sicherheit von Rezyklaten

Neben der quantitativen Steigerung sollte auch die Erhöhung der Qualität der Rezyklate im Fokus stehen und die Kreislaufführung von Schadstoffen im Recycling ausgeschlossen werden. Es fehlt der Hinweis auf die Vielzahl von Chemikalien, die z.B. in Kunststoffen als Additive zugesetzt werden und ein hochwertiges stoffliches Recycling verhindern, wobei es sich nicht nur um ökologisch relevante Schadstoffe handelt, sondern auch um Stoffe, die das Recycling stören.

Der Mangel an Transparenz ist ein Aspekt, der in der NKWS berücksichtigt werden muss. Die Weitergabe von Stoffinformationen in der Produktkette endet derzeit weitgehend mit dem Übergang in die Abfallphase. Ob der digitale Produktpass und die SCIP-Datenbank diese Lücken schließen werden, bleibt ungewiss und fraglich.

Polymerspezifischen Rezyklatquoten

Der BUND spricht sich für produktspezifische Rezyklateinsatzquoten aus um sicher zu stellen, dass in allen Sektoren gleichermaßen Anstrengungen unternommen werden Recyclingstoffe einzusetzen. Auch für die Transparenz für Verbraucher*innen ist es zentral, dass auf den jeweiligen Produkten die tatsächlichen Rezyklatanteile ausgewiesen sind.

Vision der Kunststoffherstellung bis 2045

Die vollständige Defossilisierung der Produktion von Kunststoffen ist ein unterstützenswertes Ziel, aber insgesamt ist eine Begrenzung der Produktion erforderlich. Der BUND begrüßt, dass in der NKWS die Grenzen der Bioökonomie anerkannt werden.

Chemisches „Recycling“ (insbesondere Pyrolyse) ist aus Sicht des BUND wegen der hohen Stoff- und Energieverluste und der toxischen Nebenprodukte (Pyrolysekoks) keine prioritäre Verwertungsmethode. Pyrolyseöle müssen z.B. für den Cracker stark verdünnt werden (1-5 % Pyrolyseöl können überhaupt eingesetzt werden, der Rest ist Primärrohstoff).¹³ Dies ist kein Recycling, sondern weiterhin eine lineare Verwertung. Der Begriff Recycling sollte nur für die stoffliche Verwertung verwendet werden. Vermeidung und Design for Recycling müssen weiterhin oberste Priorität haben.

Zentral ist auch die Forderung nach einer Begrenzung der Materialvielfalt, wobei nicht nur die Anzahl der Kunststofftypen, sondern auch die Anzahl der zugesetzten Additive begrenzt werden muss. Dies muss sowohl im Dialog mit der Industrie als auch im Rahmen der Regulierung im Vordergrund stehen.

Dialog mit der Industrie

Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat die Chemikalienstrategie im Hinblick auf Nachhaltigkeit bewertet und festgestellt, dass sie in vielen Punkten kaum oder gar nicht umgesetzt wurde (bzw. die Ziele nicht erreicht wurden), weil zu sehr auf die freiwillige Umsetzung durch die Industrie gesetzt wurde.

Dialoge mit Zielvereinbarungen für freiwillige Maßnahmen erzeugen in aller Regel nicht den notwendigen Druck, um Veränderungen in der Art und Weise der Verwendung von Kunststoffen und deren Reduzierung herbeizuführen. Konkret wurde nur eines der 14 Aktionspakete umgesetzt und zentrale Punkte wie die Revision von REACH sind ausgeblieben. Der BUND fordert daher eine konsequente Berücksichtigung des Vorsorgeprinzips und einen kritischeren Ansatz in Hinblick auf Selbstverpflichtungen und Dialoge mit der Industrie.

Abfallvermeidungsziel

Eine Reduktion von nur 20% in den nächsten 20 Jahren reicht nicht aus. So hat sich allein das Aufkommen der CO₂-intensiven Kunststoffabfälle seit 1994 verdoppelt. Schweden und Spanien haben sich deutlich ehrgeizigere Reduktions-Ziele gesetzt und wollen ihre Kunststoffabfälle bis 2026 um 50 Prozent reduzieren. Gemeinsam mit dem Exit Plastik-Bündnis fordern wir eine Reduktion von 15% für Verpackungen bis 2030 und 50% bis 2040.¹⁴

¹³ https://zerowasteurope.eu/wp-content/uploads/2023/10/Leaky-Loop-Recycling_-A-Technical-Correction-on-the-Quality-of-Pyrolysis-Oil-made-from-Plastic-Waste-.docx.pdf

¹⁴ https://exit-plastik.de/wp-content/uploads/2023/08/202307_Exit-Plastik_PPWR-key-recommendations.pdf

CCS (Carbon Capture and Storage) und CCU (Carbon Capture and Utilisation)

Gelänge kein Kunststoff mehr in Müllverbrennungsanlagen, würden so gut wie keine fossile CO₂-Emissionen entstehen. Auch andere Sektoren wie die Zementindustrie könnten massiv ihre Emissionen reduzieren indem eine Bau- und Wohnwende das neue Normal wird. Diese fordern wir gemeinsam mit anderen sozialen Verbänden.¹⁵ Die Verbrennung von Abfällen erschwert nicht nur die Transformation zu einer Kreislaufwirtschaft, sondern verlangsamt auch die dringend notwendige Wärmewende. Würde die Verbrennung konsequent reduziert und eine Bau- und Wohnwende umgesetzt, gäbe es keine „unvermeidbaren“ Emissionen mehr. Der extrem teure Bau einer Infrastruktur für CCS steht in keinem Verhältnis zu einem konsequenten Umstieg auf Kreislaufwirtschaft in allen Bereichen.

Für die Ansätze CCS (Carbon Capture and Storage) und CCU (Carbon Capture and Utilisation) fordert der BUND vollständige, umfängliche Lebenszyklusanalysen. Solange diese nicht vorliegen, darf CCU nicht als Klimaschutz beworben und die Folgekosten der Gesellschaft aufgebürdet werden. Die oberen R-Strategien sind zu bevorzugen und Abfallvermeidung und Kaskadennutzung umzusetzen.

Fazit

Wir brauchen dringend eine Ressourcenwende, die nicht nur zu einer relativen, sondern auch zu einer absoluten Reduktion des Ressourcenverbrauchs führt. Die Halbierung des deutschen Rohstoff-Fußabdrucks auf 8 Tonnen pro Kopf und Jahr (RMC) bis 2045 stellt für Deutschland zwar eine große Herausforderung dar, ist aber aus Sicht des BUND absolut notwendig und bedarf dringend eines gesetzlichen Rahmens, in Form eines Ressourcenschutzgesetzes mit darin verankerten Zwischenzielen und Maßnahmen.

Die Festlegung solcher klaren Reduktionsziele würde dazu beitragen, die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen, die kleinen und mittleren Unternehmen zu fördern und die Abhängigkeit von Importen zu verringern.

Ein intelligenter Ordnungsrahmen sollte sich weder inhaltlich noch zeitlich von den Regeln der privatwirtschaftlich organisierten Normungsorganisationen (DIN, CEN, ISO) und deren Arbeitsprozessen abhängig machen.

Der BUND fordert eine konsequente Berücksichtigung des Vorsorgeprinzips, klare verbindliche Regulierung und einen kritischen Ansatz in Hinblick auf Selbstverpflichtungen und Dialoge mit der Industrie.

Das Abfallvermeidungsziel sollte sich an ambitionierten Beispielen orientieren und damit Deutschland zu einem Vorbild innerhalb Europas machen.

Berlin, den 09.07.2024

Ansprechpartner/innen:
Janine Korduan, Referentin Kreislaufwirtschaft
Moritz Böttcher, Referent Rohstoffpolitik

¹⁵ <https://www.bund.net/themen/aktuelles/detail-aktuelles/news/sozial-und-umweltverbaende-legen-gemeinsames-forderungspapier-zur-sozial-oekologischen-wohn-und-bauwende-vor/>